

Lieber Atomkraft als Tempolimit

BaWü-Check | Der russische Angriffskrieg und seine Folgen drücken die Stimmung / Angst vor Energiemangel wächst

■ Von Christian Gottschalk

Oberndorf. Die warme Jahreszeit kommt, aber warm ums Herz ist es den Menschen gerade nicht zumute. Der Krieg in der Ukraine hat dem Optimismus im Land einen Dämpfer versetzt. Nur noch weniger als ein Viertel aller Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnung entgegen. Dies legt der aktuelle BaWü-Check offen.

Stimmung

1 Die Corona-Pandemie hat die Vorarbeit geleistet, der russische Angriff auf die Ukraine versetzt der guten Laune nun den Rest. Schon in den letzten zwei Jahren war die Stimmung in der Bevölkerung eher verhalten. Nun ist der Optimismus nahezu verschwunden. Nur 24 Prozent der Befragten sehen mit Freude nach vorn. Im Juli waren es noch 45 Prozent. Der Krieg, die Sicherheit der Energieversorgung und Inflationsängste bestimmen aktuell die Gefühlswelt. Ein Drittel der Baden-Württemberger schaut mit Skepsis, ein weiteres Drittel mit Befürchtungen auf die nächsten zwölf Monate.



Das Kernkraftwerk Neckarwestheim II bei Heilbronn

Foto: Schmidt

Flüchtlinge - Theorie

2 Die Stimmung ist schlecht - allerdings nicht gegenüber den aus der Ukraine geflüchteten Menschen. Da ist die Hilfsbereitschaft groß. Jeder Zweite im Land hält es für richtig, dass Baden-Württemberg so viele Flüchtlinge aufnimmt wie möglich. 43 Prozent geben an, man solle nur eine bestimmte Zahl an Flüchtlingen aufnehmen, 6 Prozent wollen gar keine, oder nur sehr wenige Flüchtlinge im Land. Die grundsätzliche Bereitschaft, Flüchtlinge bei sich zu Hause

und in große Schwierigkeiten bringen. Weitere 62 Prozent spüren die Belastung, halten diese aber für (noch) verkraftbar. 13 Prozent ficht das Thema nicht weiter an. Sie geben an, von den Preissteigerungen kaum belastet zu werden.

Staatliche Hilfe

5 Die Vertreter der Ampel-Koalition haben ein Hilfspaket für von hohen Energiepreisen belastete Bürger geschnürt: 300 Euro für jeden erwerbstätigen Steuerzahler, Rabatt beim Tanken, billigere Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr. Zum Teil treffen diese Maßnahmen auf Zustimmung. 69 Prozent fordern, die Steuern auf Benzin und Diesel zu senken. Von denen, die angeben, durch die hohen Energiepreise selbst stark betroffen zu sein, sind es 78 Prozent. Den Vorschlag von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), den Menschen beim Tanken direkt einen Zuschuss zu gewähren, halten nur 12 Prozent für eine gute Idee. Noch geringer ist die Zustimmung zu dem Plan, die Pendlerpauschale zu erhöhen. Das finden gerade einmal 8 Prozent sinnvoll. 11 Prozent sagen, der Staat solle gar nicht eingreifen.

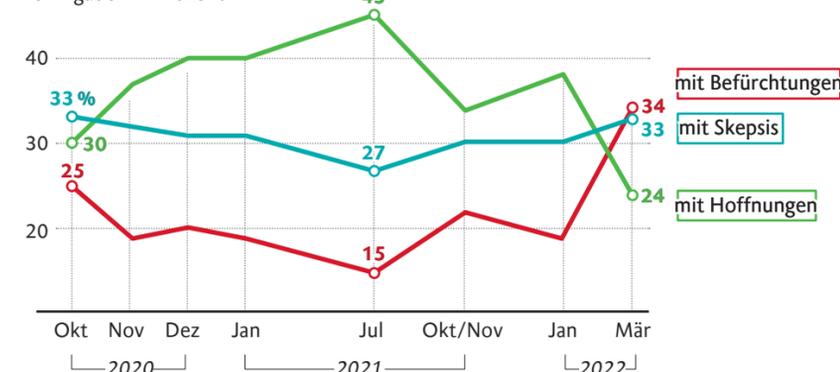
Krieg in der Ukraine rapide gesunken. 57 Prozent der Menschen im Land fordern, die Laufzeit der Kraftwerke zu verlängern, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. 28 Prozent sprechen sich dafür aus, die Kraftwerke stillzulegen. Gleichzeitig unterstützt eine klare Mehrheit den schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien. 60 Prozent wollen den Windkraftausbau schnell vorantreiben. Die Anhänger der Grünen sind mit 85 Prozent besonders stark dafür, hier Tempo zu machen. Von den SPD-Sympathisanten wollen es 77 Prozent, 60 Prozent sind es bei der CDU und 56 bei der FDP. Bei den AfD-Anhängern sind es nur 29 Prozent. Insgesamt 55 Prozent aller Befragten halten es für einen guten Vorschlag, die Einspruchsmöglichkeiten der Bürger gegen geplante Windräder zu begrenzen, um die Genehmigungsverfahren schneller voran zu treiben. 26 Prozent sind in diesem Punkt anderer Meinung. 58 Prozent geben an, dass sie auch ein Windrad in ihrer Nachbarschaft nicht stören würde. Das sehen 24 Prozent komplett anders.

Hier spart der Staat

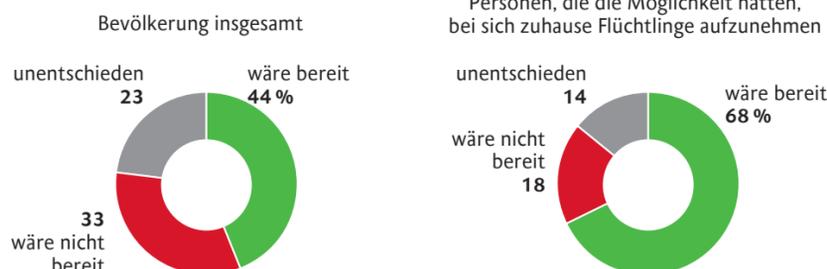
8 Maßnahmen zur Abfederung der Pandemie, Entlastungen der Bürger bei den Energiepreisen, Ukraine-Flüchtlinge - neben seinen gewöhnlichen Ausgaben muss der Staat derzeit zusätzlich tief in die Tasche greifen. Infolgedessen müssen auch die Bundesländer sparen. Aber wo? Am ehesten bei Großprojekten, sagen 56 Prozent der Befragten. Auf Rang zwei der vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten steht die Sportförderung, hier können sich 30 Prozent vorstellen, weniger Geld auszugeben. 27 Prozent sind für Sparmaßnahmen bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen. Am wenigsten soll aus der Sicht der Menschen bei Kliniken oder Sozialstationen gespart werden, das befürworten gerade einmal 1 Prozent. Und auch bei Schule (4 Prozent) und Polizei (5 Prozent) wollen die Menschen den Geldhahn nicht weiter zudrehen. Auch die Forschungsförderung (10 Prozent) genießt hohe Wertschätzung.

Der BaWü-Check in ausgewählten Grafiken

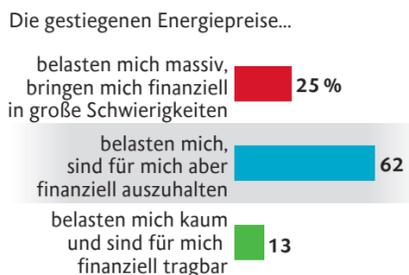
Sehen Sie den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen? Alle Angaben in Prozent



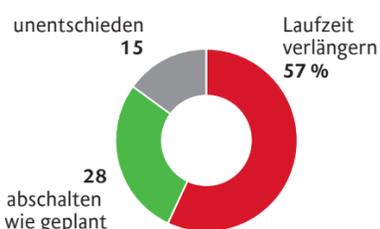
Wären Sie grundsätzlich dazu bereit, bei sich zuhause Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen oder nicht?



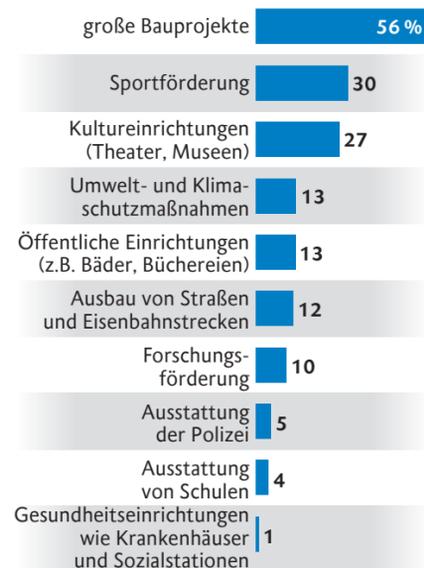
Wie stark sind Sie derzeit von den gestiegenen Energiepreisen betroffen? Bevölkerung ab 18 Jahren



Sollte die Laufzeit des noch betriebenen Atomkraftwerks Neckarwestheim II in der jetzigen Situation verlängert werden?



Aufgrund der aktuellen Krisen haben Bund und Länder höhere Ausgaben als geplant. Wo sollte Baden-Württemberg sparen, wenn gespart werden muss? Bevölkerung ab 18 Jahren



Grafik: Zapletal, Klemm
Quelle: IfD-Allensbach



aufzunehmen ist hoch. 44 Prozent der Baden-Württemberger geben an, dazu bereit zu sein. Jeder Dritte schließt dies aus.

Flüchtlinge - Praxis

3 Gerade einmal 12 Prozent der Menschen im Land geben an, sie hätten die räumlichen Möglichkeiten, Flüchtlinge bei sich zu Hause aufzunehmen. Die überwältigende Mehrheit kann dies nicht. Von denen, die ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen, wären 16 Prozent bereit, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen. Bei den Mietern sind es 7 Prozent.

Energiepreise

4 Bei keinem anderen Thema kommt einem der Krieg in der Ukraine so nahe wie bei den Energiepreisen. Die große Mehrheit macht sich Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung, schon jetzt ist die Belastung durch gestiegene Preise für Benzin, Diesel, Heizöl, Gas und Strom hoch. Jeder Vierte berichtet davon, dass ihn die gestiegenen Preise massiv belasten

Tempolimit/Energie

6 Die Berechnungen variieren, das Ergebnis ist eindeutig: Mit einem Tempolimit auf deutschen Autobahnen, ließe sich Sprit sparen - und somit der Ölimport senken. Die Rechnung der Wissenschaftler ist das eine, die Meinung der Baden-Württemberger das andere. 47 Prozent halten Tempo 100 auf der Autobahn für einen schlechten Vorschlag, 37 Prozent sind dafür. Vor allem Vielfahrer sprechen sich gegen ein Tempolimit aus. 45 Prozent geben an, weniger Auto zu fahren, 36 Prozent heizen zu Hause weniger.

Atomkraftwerke

7 In Deutschland sind derzeit drei Atomkraftwerke in Betrieb, am Jahresende sollen sie ausgeschaltet werden. Eines davon steht in Baden-Württemberg, in Neckarwestheim. Die einst breite Unterstützung für den Ausstieg aus der Kernenergie ist mit dem